

Correspondent.

Wochenpreis 1 Mark 25 Pf.; bei Abholung von den Postämtern 1 Mark.
100 Hefen des Besten im Jahr 1,25 Mark. Einzelnummern 5 Pf.
Gesamt 14 mal wöchentlich 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem 2. Hefen; bei den Postämtern am Tage vorher abends 9 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
essentliches illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modellsache.
essentliche landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile über dem Namen 5 Pf., für die zweite 4 Pf., für die dritte 3 Pf., für die vierte 2 Pf., für die fünfte 1 Pf., für die sechste 1 Pf., für die siebente 1 Pf., für die achte 1 Pf., für die neunte 1 Pf., für die zehnte 1 Pf., für die elfte 1 Pf., für die zwölfte 1 Pf., für die dreizehnte 1 Pf., für die vierzehnte 1 Pf., für die fünfzehnte 1 Pf., für die sechzehnte 1 Pf., für die siebzehnte 1 Pf., für die achtzehnte 1 Pf., für die neunzehnte 1 Pf., für die zwanzigste 1 Pf., für die einundzwanzigste 1 Pf., für die zweiundzwanzigste 1 Pf., für die dreiundzwanzigste 1 Pf., für die vierundzwanzigste 1 Pf., für die fünfundzwanzigste 1 Pf., für die sechsundzwanzigste 1 Pf., für die siebenundzwanzigste 1 Pf., für die achtundzwanzigste 1 Pf., für die neunundzwanzigste 1 Pf., für die dreißigste 1 Pf., für die einunddreißigste 1 Pf., für die zweiunddreißigste 1 Pf., für die dreiunddreißigste 1 Pf., für die vierunddreißigste 1 Pf., für die fünfunddreißigste 1 Pf., für die sechsunddreißigste 1 Pf., für die siebenunddreißigste 1 Pf., für die achtunddreißigste 1 Pf., für die neununddreißigste 1 Pf., für die vierzigste 1 Pf., für die einundvierzigste 1 Pf., für die zweiundvierzigste 1 Pf., für die dreiundvierzigste 1 Pf., für die vierundvierzigste 1 Pf., für die fünfundvierzigste 1 Pf., für die sechsundvierzigste 1 Pf., für die siebenundvierzigste 1 Pf., für die achtundvierzigste 1 Pf., für die neunundvierzigste 1 Pf., für die fünfzigste 1 Pf., für die einundfünfzigste 1 Pf., für die zweiundfünfzigste 1 Pf., für die dreiundfünfzigste 1 Pf., für die vierundfünfzigste 1 Pf., für die fünfundfünfzigste 1 Pf., für die sechsundfünfzigste 1 Pf., für die siebenundfünfzigste 1 Pf., für die achtundfünfzigste 1 Pf., für die neunundfünfzigste 1 Pf., für die sechzigste 1 Pf., für die einundsechzigste 1 Pf., für die zweiundsechzigste 1 Pf., für die dreiundsechzigste 1 Pf., für die vierundsechzigste 1 Pf., für die fünfundsechzigste 1 Pf., für die sechsundsechzigste 1 Pf., für die siebenundsechzigste 1 Pf., für die achtundsechzigste 1 Pf., für die neunundsechzigste 1 Pf., für die siebenzigste 1 Pf., für die einundsiebzigste 1 Pf., für die zweiundsiebzigste 1 Pf., für die dreiundsiebzigste 1 Pf., für die vierundsiebzigste 1 Pf., für die fünfundsiebzigste 1 Pf., für die sechsundsiebzigste 1 Pf., für die siebenundsiebzigste 1 Pf., für die achtundsiebzigste 1 Pf., für die neunundsiebzigste 1 Pf., für die achtzigste 1 Pf., für die einundachtzigste 1 Pf., für die zweiundachtzigste 1 Pf., für die dreiundachtzigste 1 Pf., für die vierundachtzigste 1 Pf., für die fünfundachtzigste 1 Pf., für die sechsundachtzigste 1 Pf., für die siebenundachtzigste 1 Pf., für die achtundachtzigste 1 Pf., für die neunundachtzigste 1 Pf., für die neunzigste 1 Pf., für die einundneunzigste 1 Pf., für die zweiundneunzigste 1 Pf., für die dreiundneunzigste 1 Pf., für die vierundneunzigste 1 Pf., für die fünfundneunzigste 1 Pf., für die sechsundneunzigste 1 Pf., für die siebenundneunzigste 1 Pf., für die achtundneunzigste 1 Pf., für die neunundneunzigste 1 Pf., für die hundertste 1 Pf.

Nr. 9.

Freitag den 12. Januar 1906.

32. Jahrg.

Vom Marokko-Weißbuch.

Das deutsche Marokko-Weißbuch ist am Dienstag abend ausgegeben worden, sodas es wohl erst am Mittwoch früh in die Hände der Abgeordneten gelangt ist. Das „Wolffsche Bureau“ hatte bereits am Montag vormittag einen Auszug veröffentlicht. Die offizielle „S. d. d. Reichs-Korrespondenz“ begleitet die Publikation des Weißbuchs mit folgenden, sichtlich aus der Wilhelmstraße in Berlin kommenden und des berechtigten Bilionsgen Sarkasmus nicht entbehrenden Erklärungen:

Die eingehenden Angaben des deutschen Weißbuchs über Frankreichs Sonderverhandlungen in Fez setzen die Weltöffentlichkeit in den Stand, sich ein Urteil darüber zu bilden, wie tief der von Herrn St. René-Zailianer angefertigte Vertrag in die Selbstständigkeit Marokkos und in die Rechte und Interessen dritter Mächte eingegriffen haben würde. Es wäre ein Protektionsvertrag gewesen, dem nicht als der Name fehlte. Sollte der Gesandte Frankreich die Unterzeichnung des Ultimatums für die Forderungen erlangt, deren Inhalt jetzt vorliegt, die französische Regierung würde ihren Vertreter gewiss nicht, etwa aus Rücksicht auf die Signatarmächte der Madrid-Konvention, wegen Ueberschreitung seiner Funktionen desavouieren haben. Die französische Regierung hätte sich entschieden, wenn Herr de St. René mit dem fait accompli eines solchen Vertrages aus Fez zurückgekehrt wäre. Jetzt ist die Tonart befehlend, wenn auch keineswegs freundschaftlich gegen Deutschland. Bald will man mit erhebender Wärme den Deutschen Kaiser gegen die deutsche Marokkopolitik ausbilden, bald sieht man sich hinter unsere Pariser Botschaft. Im „Gaulois“ schreibt Einser, er wisse genau, daß Rabotin habe in seiner letzten Unterredung mit Kaiser Wilhelm den Auftrag erhalten, den schärfsten Einbruch des „aggressiven“ Tons der deutschen Presse wieder gut zu machen. Natürlich reine Erfindung! Die deutsche Presse ist gar nicht aggressiv, sie ruft nur Angriffe ab. Ehrig wird auch verbreitet, der Kaiser sei marokkophil. Wenn das nur keine Enttäuschung gibt. Die nervöse Stimmung gewisser Pariserblätter ist schwer verständlich, da doch, wie berichtet wird, Frankreichs Ansprüche in Marokko jetzt mit den berechtigten Wünschen anderer Mächte in Einklang gebracht sind oder werden sollen.

Uebrigens ist die vertragsmäßige diplomatische Unterzeichnung Großbritanniens auf der Konferenz in Algier aus den Franzosen ja völlig richtig. Wozu also der Appell an die Hilfe der Vereinigten Staaten, der Vereinigten Staaten gegen deren deutschen Bundesgenossen auszusprechen? Der „Temps“ wird in diesem Punkte besonders dringlich. Nicht nur aus freundschaftlich für Frankreich habe Italien die französische Marokkopolitik zu unterstützen, zu erklären, zu rechtfertigen. Die wohlüberlegte Zustimmung Italiens zu dieser Politik ist nur die Erneuerung des „desintéressement“, zu dem sich Frankreich in Tripolis annehmen geübt hat. Dieser Verzicht des Reiches auf ein Gebiet, das den Franzosen nicht gehört, welche Freigebigkeit mit fremdem Gut! Wenn die Worte vom „desintéressement“ überhaupt einen Sinn haben soll, kann es nur der sein, daß Frankreich eigentlich auch Tripolis für sich haben wollte, aber, um Italiens Freundschaft zu gewinnen, das territorialistische Stück aus seinem künftigen ostafrikanischen Reich mit freiwilliger Großmuth ausgeschieden und sich dies als ein von Italien doch zu bedeutendem Bedenken annehmend. Dabei aber liegt man, und läßt vielleicht gelegentlich wieder, in der französischen und englischen Presse gegen die Länder der Deutschen schreiben und überhört die öffentliche Meinung beider Völkern mit lägenhaftem Zeug über unsere angeblichen Absichten auf die russischen Ostseeprovinzen, die deutschen Landesteile Ostpreussens, auf die Niederlande, Luxemburg, Teile von Belgien und Dänemark, auf Kleinasien, China, Brasilien oder andere Staaten des fernen Amerikas hin. — Wer eine Larve trägt, muß acht geben, daß sie sich nicht verzieht, oder vor der Zeit abfällt. Der „Temps“ ist diesmal recht ungefällig gewesen.

Aus dem Weißbuch selbst ist noch eine Anzahl wichtiger Punkte nachzutragen. Zunächst bringt es Zeitungsausschnitte, die darlegen sollen, wie es kam, daß Deutschlands anfängliches Zutreten zu der Redlichkeit der französischen Marokkopolitik sich mehr und mehr in tiefstes Mißtrauen wandelte und die Unerschlichkeit nahelegte, Frankreich wolle, als Mandatar Europas sich aufspielend, eine neue Kanisierung ins Werk setzen.

Am 28. April telegraphiert der Reichskanzler an den deutschen Botschafter in Paris:

Sprechen Sie in meinem Namen dem Ministerpräsidenten Ihre seine eingekommenen Versicherungen meinen Dank aus. Aus denselben glaube ich entnehmen zu können, daß es sich um die Lage Marokkos gibt, in welche Deutschland verlegt sein würde, wenn über deutsche Interessen von dritter Seite

berührt worden wäre, ohne uns zu befragen. Bei ruhigen Einnehmen eines derartigen Ignorierens der Existenz einer Großmacht würde sich die Unannehmlichkeiten, um nicht zu sagen Gefahren, für die Zukunft bereiten. Neben Erwägungen anderer Art kommt der materielle Wert bedrohter Interessen erst in zweiter Linie in Betracht. Ich glaube aus den Eröffnungen des Ministerpräsidenten Exzellenz Durchlaucht gegenüber entnehmen zu können, daß der Gedanke an eine einseitige und gewaltsame Lösung der Interessenfrage ihm ebenso fern liegt wie der Regierung Seiner Majestät des Kaisers. Das Ihre Interessen in dieser Frage mit denen einer Anzahl anderer Staaten identisch sind, ist sich die Kaiserliche Regierung bewußt. Offenheit mit sich die gegenwärtige Spannung in beständigster Weise unter Beteiligung aller Interessenten erliegen lassen. Dabei mitzuwirken, sind wir gern bereit.

Ueber ihre Reformpläne für Marokko haben wir Tattenbach aus Fez berichtet, die Franzosen nie etwas schriftliches von sich gegeben. „Der Gesandte St. René-Zailianer hat seinen gesamten Plan dem Sultan in mehreren Audienzen mündlich vorgelesen. Er hat, von dem Sultan an Ben Sliman, Torres und die Notabeln verwiesen, auch diesen nur mündliche Vorträge gehalten, worüber von den Marokkanern schriftliche Aufzeichnungen gemacht und jedem der Notabeln zugestellt worden sind. Die wiederholten Bitten, seine Anträge schriftlich einzubringen, lehnte der Gesandte ab. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat jene Aufzeichnungen in eine übersichtliche Darstellung verarbeitet lassen. In einem feinen Vortrage hat der französische Gesandte eine Art Rechtfertigung für den Abschluß der französischen Marokko-verträge zu geben versucht:

Frankreich habe dem Kaiser die Präsidenten anfänglich gleichmütig angesehen. Als im Laufe der Zeit die Andauer seiner Treibereien diese Haltung nicht mehr möglich blieb, habe es bestritten müssen, daß fremde Mächte sich zu einer Intervention veranlassen würden, woraus sich eine Gefahr für die französischen Interessen in Algerien hätte ergeben können. Frankreich habe darum mit den Mächten, von denen ein solches Einschreiten zu befürchten stand, Abkommen getroffen, die hinsichtlich der Souveränität des Sultans, Herstellung seiner Würde und Autorität und Vereinhaltung der zu Reformen erforderlichen Beihilfe durch Frankreich, unter Beobachtung der religiösen Gebote und des Herkommens im Lande selbst. Diese Beihilfen werden ganz besonders hervorzuheben und als einziger politischer Zweck wiederholt hingestellt, die Mächte, von denen ein Eingreifen zu befürchten stand, von einem solchen zurückzubalten. Als Opfer, die Frankreich gebracht habe und seine Berechtigung zum Einschreiten darzulegen, werde betont der Verlust auf seine Rechte in Algerien hin. Die nötigen Reformen seien in erster Linie Militärreorganisation, dann Finanzreorganisation unter Erstickung einer Vermehrung der Einkünfte. Der allgemein und lebenswichtig gehaltene captatio benevolentiae schließt sich eine deutliche Drohung an. An der algerischen Grenze sei die Geburt der französischen Behörden, an der ganzen Nord- und Westküste die Geburt der Fremden überaus erschöpft. Trete die Regierung nicht mit der Tat an eine Besserung der Zustände heran, und müsse er, der französische Gesandte, ohne Erfolg abziehen, so werde sich Frankreich gedrängt sehen, diese Reformen auf eigene Hand zu bewerkstelligen und werde Dinge tun müssen, die ihm heute nicht lieb seien.

Das Anleihegeschäft über den Sultan vorzustellende 10 Millionen und den Molenbau in Tanger betrifft ein weiterer Erlaß des Reichskanzlers an den Botschafter in Paris, in welchem die Mitwirkung des Grafen Tattenbach bei diesem Anleiheanschluß oder bei der Vergebung irgend einer anderen Konzession entschieden bestritten wird.

In einem Bericht Tattenbachs an den Reichskanzler vom 13. August wiederlegt der Gesandte eingehend und atmenmäßig den ihm von französischer Seite gemachten Vorwurf, daß er die Zeit vor dem Zusammentritt der Konferenz benutzte habe, um dem Sultan im deutschen Interesse Konzessionen abzurufen und konstatiert dabei auch noch: Die Gesuche, die von deutschen Interessenten an mich gerichtet worden sind, um Erlangung von Konzessionen zur Ausbeutung von Bergwerken, zur Ausbeutung von Roteisenwäldern, zur Einrichtung von Stationen für drahtlose Telegraphie und andere habe ich sämtlich wieder mit dem Sultan noch mit seinen Ratgebern besprochen.

Am 25. September berichtet der Gesandte aus Fez: „Bei einem Besuch, den ich heute meinem französischen Kollegen machte, gab ich in warmen Worten der

Erwartung Ausdruck, daß die Verhandlungen in Paris ein befriedigendes Ergebnis liefern möchten. Herr Saint René erwiderte, daß dies davon abhängen werde, ob man in Berlin der Stellung Rechnung tragen werde, die Frankreich in Marokko beanspruchen müsse. In Nordafrika habe Frankreich eine Mission zu erfüllen, die, wie Ägypten und Tunis, auch Marokko umfasse.“

Und am 4. Oktober berichtet der Gesandte Rosen aus Paris: Herr Rouvier hat nach Vergleichung der Texte die Berechtigung des deutschen Anspruchs auf den Molenbau anerkannt. Dem Beginn des Baues steht nichts mehr im Wege. Das Weißbuch und die ausländische Presse. Clemenceau sagt in der „Aurore“ in seiner Besprechung des Weißbuchs: Man kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß das Vorhaben, welches Delcassé in der Marokko-Angelegenheit Deutschland gegenüber beobachtete, nur eine unaufhörliche Kette vom Fehlen war.

Die Kommissionsberatung des Schulunterhaltungsgesetzes.

In der am Mittwoch begonnenen Kommissionsberatung schlug der Vorsitzende Abg. Vieder einen Geschäftskplan vor, wonach zunächst die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzesentwurfs nach folgenden Gesichtspunkten geprüft werden soll: a) Ob der Erlaß eines Volksschulunterhaltungsgesetzes ohne gleichzeitige Regelung des gesamten Unterrichtswesens mit Art. 26, 112 der preussischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 vereinbar? b) Widerspruch der Ausschüsse einzelner Landesregierungen des Geltungsbereichs des ganzen Gesetzes oder einzelner Teile desselben (§ 25 Abs. 1, § 56 des Entwurfs) den zu genannten Verfassungsbestimmungen? Eine allgemeine Besprechung der Grundsätze des Entwurfs soll vor der Einzelberatung nicht stattfinden. Die leitenden Grundsätze sollen, so weit sie sich auf den Inhalt eines einzelnen Paragraphen beziehen, in diesem, im übrigen beim ersten Paragraphen desjenigen Abschnitts, auf dessen Inhalt sie sich beziehen, erörtert werden. Nach Genehmigung dieses Geschäftskplanes begann die Debatte bei § 3a. Die Mitglieder des Zentrums und der freisinnigen Parteien vertreten in längerer Ausföhrungen die Ansicht, daß der Erlaß des vorliegenden Gesetzes ohne gleichzeitige Regelung des gesamten Unterrichtswesens mit den §§ 26 und 112 der preussischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 nicht vereinbar sei. Die Unterrichtsverwaltung und die Vertreter der konservativen und freisinnigen Parteien waren entgegengelegter Meinung und beriefen sich dabei auf die bisher fast ausnahmslos geübte Praxis des Landtages. Nicht auf den Wortlaut, sondern auf den Sinn der Verfassung komme es an. Die nationalliberalen Mitglieder der Kommission nahmen eine vermittelnde Stellung ein und beantragten, um über die geäußerten Bedenken hinwegzukommen, den § 26 der Verfassung: „Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen“ dahin abzuändern: „Das gesamte Unterrichtswesen ist im Wege der Gesetzgebung zu regeln“ und beantragten ferner, aus § 112 das Wort „gesetzlichen“ zu streichen. Zur näheren Prüfung und Redaktion dieses Antrages ist event. eine Sub-Kommission einzusetzen. Die Beschlußfassung über diesen Antrag wurde bis zur übernächsten Sitzung vertagt. Nunmehr ging die Kommission zu § 1 des Gesetzesentwurfs über und debattierte zunächst über das Kommunalprinzip, das von allen Seiten gebilligt wurde. Von dem Vertreter der freisinnigen Vereinigung wurde im Anschluß an einen Beschluß des dritten preussischen Lehrtrages gewünscht, daß für die Zahlung der Grundgebühren der Lehrer Bezirksklassen gebildet würden, weil bei den in Aussicht genommenen Schulverbänden die Leistungsfähigkeit häufig nicht gesteigert werden würde. Von anderer Seite wurde empfohlen, diese Frage erst bei einer späteren Gelegenheit zur

Entscheidung zu bringen. Nachdem noch über den Ausbruch „Schuldenbank“ längere Zeit ohne Resultat verhandelt worden war, wurde die Sitzung auf morgen verlagert.

Politische Uebersicht.

Französische Einflüsse, in der Presse Italiens seit je geschäftig und wirksam, werden auch jetzt aufgeboten, um mit Rücksicht auf die Marokkonferenz in Italien Stimmung gegen Deutschland zu machen. So greift die Turiner „Stampa“ den bisherigen Minister Tittoni an, weil er in Baden-Baden vom Fürsten Bülow überzeugt worden sei, daß Italien in Algerias nichts anderes zu tun habe, als die deutschen Forderungen zu unterstützen. Ganz ähnliches behauptet das Blatt „Aristo del Carlino“, um hinzuweisen, daß der neue Minister des Auswärtigen Marziale di San Giuliano in Berlin „mifßfällig“. Reichskanzler Fürst Bülow hat, wie der „Gam. Cour.“ von zukünftiger Art vernimmt, die Erklärung der „Stampa“ als „Blech“, die Behauptung des „Aristo del Carlino“ als „Unfinn“ bezeichnet.

Um das gute Einvernehmen zwischen England und Deutschland zu fördern, hat in London eine Wohlthätigkeitsgesellschaft, die sich Ancient Orders of Foresters nennt und deren Mitgliederzahl einschließlich Frauen und Kinder annähernd eine Million beträgt, eine Resolution gefaßt, in der sie ihre Missbilligung ausdrückt über die behändigen Bemühungen eines Theils der Presse beider Länder, die dahin gehen, zwischen England und Deutschland Feindseligkeiten hervorzuwecken. Die Gesellschaft bittet ehrsüchtig darum, daß Kaiser Wilhelm und König Edward sowie die anderen Leiter der Politik sich ermutigt fühlen möchten, das gute Einvernehmen zwischen den beiden Nationen zu fördern, und keine den vornehmlichen Interessen der durch den Ancient Order of Foresters repräsentierten Mittelklassen entgegengegesetzte Politik zu begünstigen. Abschriften dieser Resolution wurden an Kaiser Wilhelm, König Edward, den deutschen Reichskanzler Fürsten von Bülow, ferner an den englischen Premierminister Campbell-Bannerman, an Balfour und andere gesandt. — Auf die Resolution ist an den Vorsitzenden des Ancient Order of Foresters folgende Antwort von der deutschen Botschaft eingelaufen: In Beantwortung Ihres Briefes bitte ich Sie, Ihren Bericht, davon in Kenntnis zu setzen, daß ich mit Vergnügen Ihre Resolution Ihrer Majestät dem Kaiser und dem Reichskanzler Fürsten v. Bülow übermitteln werde, und daß ich der Ueberzeugung bin, daß die Gesandten guten Einverständnisses zwischen beiden Völkern, wie sie in der Resolution der Foresters zum Ausdruck kommen, von ihnen geteilt werden. Graf Wolff-Meternich.

Oesterreich-Ungarn. Die ungarische Regierung setzt die Maßregelung renitentier Komitate fort. In Ungarn ist der königliche Kommissar unter Schutz von drei Kompanien Infanterie und einer Eskadron Husaren eingezogen und hat den renitentien Beseßungen abgesetzt. In Debreczin wurden 50 Personen verhaftet und neuerdings zwei verhaftet. Die Kongregationssitzung in Budapest wurde vom Grafen Kagony eröffnet, aber wegen erregter Stimmung sofort wieder geschlossen. Zwei Abgeordnete, die Graf Kagony mit den Worten „nichiswürdiger Hund“ und „Schurke“ begrüßt hatten, wurden der Polizei vorgeführt und werden sich zu verantworten haben.

Frankreich. Der französische Senat hatte am Dienstag seine erste Sitzung. Alterspräsident Fayard führte den Vorsitz. Er gab in seiner Ansprache seiner Freude darüber Ausdruck, daß der russisch-japanische Krieg beendet ist, und mißte das Verdienst hierfür dem Präsidenten Roosevelt zu. Der Redner sprach dann den Wunsch aus, daß für Rußland mit Hilfe von liberalen Reformen eine bessere Zeit anbrechen möge. Fayard erinnerte weiter an die Schreckenszeit des Jahres 1870 und verdammt die verbrecherischen Lehren, die leugnen, daß es ein Vaterland und eine Pflicht der Verteidigung gibt; er begrüßte die Armee als Köhler der gesamten Nation und hofft, daß der Tag nahe sei, wo alle Völker ihre Streitigkeiten einem Schiedsgerichte unterbreiten; der Krieg werde dann nur noch eine Erinnerung sein und das Recht werde in Wahrheit vor Gewalt gehen. Nächste Sitzung morgen.

Ueber die am Dienstag stattgehabte Sitzung der französischen Deputiertenkammer sind äußere sich die radikalen und die sozialistischen Blätter befriedigend. Es habe sich dabei weniger um die Präsidienhaft der Deputiertenkammer als um die der Republik gehandelt. Nach dem gestrigen Wahlergebnis sei nicht mehr daran zu zweifeln, daß der Senatspräsident Fallières bei der Wahl in Versailles über Doumer, den Kandidaten der antirepublikanischen Parteien mit einer Mehrheit von mindestens 50, bis 60 Stimmen siegen werde. Einige gemäßigt-republikanische und konservative Blätter ziehen

aus dem Abstimmungsergebnis den Schluß, daß weder Doumer noch Fallières im ersten Gange die notwendige Majorität haben dürften, und daß dann wahrscheinlich Doubet von neuem als Kandidat aufgestellt werden würde. Im übrigen würde Doumer, wenn er nicht gewählt werden sollte, als Führer der Opposition dem Volk noch viel gefährlicher werden. — Die antimilitaristische Propaganda in Frankreich bereitet der Regierung viel Sorge. Nach der „Nat. Zig.“ hat der Minister des Innern die Präfecten beauftragt, eine Enquete über den patriotischen Geist der Bevölkerung und über die antimilitaristische Propaganda zu veranstalten. — Die Antimilitaristen bieten am Dienstag in Paris eine Versammlung ab, deren Zweck war, Einspruch zu erheben gegen die Verhaftung mehrerer einem Syndikat angehöriger Personen. Der Präsident schlug der Versammlung vor, daß die Anwesenden einen antimilitaristischen Anschlagzettel unterzeichnen sollen. Faures, der in der Versammlung anwesend war, wurde aufgefordert, mit zu unterzeichnen, lehnte es jedoch unter lautem Tumult ab und erklärte, die Armee sei unumgänglich notwendig, um die von außen kommenden Angriffe zurückzuweisen.

Japan. Japan wird, wie der japanische Finanzkommissar Takahashi in New York mittel, binnen kurzem im Anlande Staatsanleiheverreibungen in Höhe von 215 Millionen Dollars ausgeben. Die Summe soll zur Bestreitung von durch den Krieg entstandenen Ausgaben dienen; 75 Millionen davon sollen zu Belohnungen für während des Krieges geleistete Dienste verwendet werden.

Südafrika. Ueber die Unruhen in Nata wird der „Täglichen Nieuwsblad“ berichtet: Unter den Zulus und den unabhängigen Bassuthos macht sich eine gefährliche Gährung bemerkbar, welche sich zu einer gewaltsamen Erhebung zu entwickeln droht. Den Anlaß bildet, wie in Deutsch-Südafrika, der Steuerdruck. Insbesondere sind die Eingeborenen über die von der englischen Regierung neueingeführte Kopfsteuer erbittert. Verdächtig ist, daß sie, wie auch in Deutsch-Südafrika unmittelbar vor dem Aufstande geschah und früher bei Kaisermaufständen häufig geschehen ist, maßlos über die Steuern schlochten, und dies auf höheres Geheiß juristifizierten. Seitens der Regierung wird eine Bürgerwehr der Weißen organisiert.

Deutschland.

Berlin, 11. Jan. Der Kaiser empfing Mittwoch vormittag den Landrat v. Gdorff und hörte den Vortrag des Chefs des Zivilbureaus Wirtl. Geh. Rats Dr. v. Lucanus. Zur Frühstückstafel war Grafin Schmalow geladen. — Der Kronprinz muß, wie die „Germania“ erfährt, infolge einer starken Erkältung das Bett hüten. Auch das Befinden der Kronprinzessin soll manches zu wünschen übrig lassen. Bellestich spricht dabei auch der Umstand mit, daß die hohe Frau den Winter über seit Jahren schon mit ihrer Mutter in Gannes gelebt hat.

(Staatsminister v. Thielen.) Der frühere Minister der öffentlichen Arbeiten, Staatsminister v. Thielen, ist am Mittwoch nachmittags gegen 1 Uhr gestorben. Minister Carl v. Thielen ist am 30. Januar 1892 zu Wesel geboren. Er studierte in Bonn und Berlin die Rechte, wurde 1860 Regierungsassessor in Arnberg und war dann kurze Zeit Mitglied der Regierung in Koblenz. Im Jahre 1881 wurde v. Thielen Präsident der Eisenbahndirektion Elberfeld. 1887 überließ er in gleicher Eigenschaft nach Hannover über. 1891 wurde er anstelle Maybachs zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt, welchen Posten er bis zum 23. Juni 1902 inne hatte. 1900 wurde ihm der Adelstitel verliehen.

Ueber die Erkrankung des Freiherrn v. Nitzschofen schreibt die „Germania“: Der Schlaganfall, den Freiherr v. Nitzschofen am Sonntag erlitt, war allerdings nur leichter Natur; er fühlte sich, als er in einer kleinen Gesellschaft verweilte, plötzlich an Händen und Füßen gelähmt, war aber sonst bei voller Besinnung. Am Dienstag scheint sich der Schlaganfall in ernsterer Weise wiederholt zu haben. Die schwere Erkrankung des Freiherrn v. Nitzschofen findet auch in Reichstagskreisen umso mehr eine aufrichtige Teilnahme, als derselbe sich allgemein einer großen Beliebtheit erfreute und weil es auch bekannt ist, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sich auf seinem verantwortungsvollen und aufregenden Posten geistig und körperlich überarbeitet hat. Es erscheint demnach sehr fraglich, ob Freiherr v. Nitzschofen, auch wenn er die allerersten erwünschten Genesung finden sollte, die Leitung des Auswärtigen Amtes beibehalten kann, zumal dieser Posten keine längere Vakanz erträgt und die völlige Genesung Nitzschofens jedenfalls längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Ueber Veränderungen in den höheren Kommandostellen der Marine schreibt die „Nationalzeitung“: Scheber, Konter-Admiral, Oberwesirsdirektor der Werft zu Kiel, Gütlich, Konter-Admiral, Kommandant in Wilhelmshaven, und Friedrich, Kapitän zur See, Kommandeur der 2.

Verdibition, sind auf ihre Gesuche mit der gefesslichen Pension zur Disposition gestellt; letzterer unter Verleihung des Charakters als Konter-Admiral; Gr. v. Moltke, Konter-Admiral, beauftragt mit der Vertretung des Inspektors der 1. Marineinspektion, ist zum Inspekteur dieser Inspektion ernannt, v. Ulfeld, Konter-Admiral und Admiral a. l. s., Inspekteur der 1. Marineinspektion, beauftragt mit der Vertretung des Oberwesirsdirektors der Werft zu Kiel, ist unter Befehl in dem Verhältnis als Admiral a. l. s. des Kaisers zum Oberwesirsdirektor dieser Werft ernannt. Gütlich, Kapitän zur See, beauftragt mit der Vertretung des Festungskommandanten zu Wilhelmshaven, ist mit Wahrnehmung der Geschäfte des Festungskommandanten daselbst beauftragt, Engle, Kapitän zur See, beauftragt mit der Vertretung des Kommandeurs der 2. Verdibition ist zum Kommandeur dieser Division ernannt.

(Der jüngst verorbene Unterstaatssekretär der Reichslande Dr. von Schraut) war der Sohn eines einfachen bayerischen Wegwerkmeyers. Eine Frucht der Einheitschule, dieser nicht hoch genug zu schätzenden demokratischen Institution in Bayern, war es, daß die Söhne des schlechten Handwerkmeyers ohne Bedenken als Reglerungsassessoren angenommen wurden und nach Waspabe ihrer Befähigung eine glänzende Karriere machen konnten. Ein Bruder ist vor wenigen Tagen als Reglerungspräsident in Bayern gestorben; bei seiner Beerdigung hat sich der Unterstaatssekretär der Reichslande einen Bronchialkatarrh zugezogen, der den tödlichen Ausgang nahm. In Preußen, wo sich das höhere Beamtenum in der überwiegenden Mehrheit aus den feudalen Kreisen rekrutiert, wäre ein derartiges Advancement von Söhnen eines einfachen Handwerkmeyers wohl unmöglich gewesen. Der preussische Kostengeld ist nicht zum Wenigsten ein Grund dafür, daß es mit den „moralischen Erhebungen“ der Vormacht im deutschen Reich bei der Bevölkerung der süddeutschen Staaten, die auf ihre demokratischen Institutionen mit Recht stolz sind, noch immer recht schlecht bestellt ist.

(Ordnungsverteilung.) Dem großbritannischen Admiral Sir Edward Seymour ist das Großkreuz des Roten Adlerordens verliehen. Admiral Seymour war bekanntlich der Führer des kombinierten internationalen Expeditionskorps, das den erfolglosen Zug nach Peking während der Chinawirren unternahm.

(Eine Besichtigung des preussischen Städtetages.) Der am 15. Januar in Berlin stattfindende und sich mit dem Schulgesamtwort befähigenden wird, haben die kirchlichen Gemeindepfarscharen der Stadt Münster abgelehnt. Der münsterische Magistrat hatte die an die Stadtverordnetenversammlung ergangene Einladung mit einem Begleitreiben versehen, in dem bemerkt wird, daß der Städtetag „keine die Stadt Münster besonders interessierenden Gegenstände“ behandeln werde. In der Stadtverordnetenversammlung selbst erhoben sich Stimmen, die befürworteten, daß doch die Stadt Münster wenigstens an dem Städtetag ihre abweichende Meinung zum Ausdruck bringen müsse. Oberbürgermeister Dr. Jungelohd meinte aber, nach dem „Münst. Anz.“, es würde kaum möglich sein, auf dem Städtetage zu Worte kommen oder etwa einen speziell münsterischen Standpunkt zu vertreten. Mit dem neuen Schulgesetz werde die Stadt Münster ganz gut fahren.

(Zum Lehrermangel.) Die Kgl. Regierung in Breslau, Abteilung für Schulsachen, hatte kürzlich die Nützlichkeit der Angaben einer der „L. G.“ aus Schlesien zugegangenen Mitteilung über den Umfang des Lehrermangels in einzelnen, an der polnischen Sprachgrenze gelegenen Distrikten in Abrede gestellt. Die „L. G.“ hatte damals sofort darauf erwidert, daß sich die von ihrem Gewährsmann angegebenen Ziffern nicht allein auf den Kreis Groß-Wartenberg beziehen. Nun liegt man in einem schlesischen Blatt, das der bis vor kurzem in Schilberg domizillierte Kgl. Schulinspektor Kiesel im vergangenen Monat in Breslauer Ostmarkenverein einen Vortrag gehalten hat, in dem er u. a. mitteilt, daß in Schilberg 11, dem Nachbarstreich von Groß-Wartenberg, in einem Jahre 15 Lehrerpellen unbesetzt waren. Schulhäuser stehen 1—2 Jahre fertig da, können aber nicht benutzt werden, weil die Lehrkräfte fehlen. Nicht interessant ist das Register von Schulsünden der Regierung, das der doch gewiß sachverständige Schulinspektor bei dieser Gelegenheit vortrug. An den geringen Fortschritten des Deutschens trugen in erster Linie die Schuld: Zu viel Schulmaßnahmen der Regierung; Wechsel und Schwanken darin; Lehrermangel; Fehlen des Zusammenwirkens von Schule und Haus; die Sachfängerei; Mangel eines Zwanges, der nach der Schulpflicht die Weisheitslehre des Gelehrten ermöglicht; Laune und Gleichgültigkeit des Deutschen. Als besonderes Hemmnis bezeichnet Kiesel den von der Geistesfreiheit erteilten Reichsturnertrieb und die Tatsache, daß die Kinder heimlich polnisch lesen und schreiben lernen.



la. starke Hasen,

Reich eingetroffen:
auch zerlegt,
la. fr. Rotwildrücken a Pfd. Mk. 1,30.
Frische Rotwildkeule a Pfd. Mk. 1,10.
Frisches Rotwildblatt a Pfd. Mk. 0,80.
la. frische Reh Rücken, -Keulen und -Blätter,
feiste Fasanhähne und -Hennen,
wilde Enten,
wilde Kaninchen,
feinste Dresdener Gänse,
sowie Kochhühner

empfehlenswert
Emil Woltf.

Garantiert reinen leichtflüssigen
Kakao

a Pfund von 1 Mk. an.

Bruch-Schokolade

empfehlenswert
a Pfund von 70 Pf. an
Paul Näther Nachf.,
Markt 6.

Carl Koch's Nährzwieback

kommt seiner Zusammenlegung und Wirkung nach der Muttermilch gleich, wirkt ernährend und göttlich, macht alle Verdauungsstörungen unmöglich; man gebe daher den Kindern wenn sie gedeihen sollen nur

Carl Koch's Nährzwieback.

Zu haben in Tüten u. Paketen a 10, 20, 30 und 60 Pf. bei:

- H. V. Sauerbrey Nachf., Gustav Köpfe, Döberbergstraße;
- Walter Bergmann, Gotthardtsstraße 10;
- Carl Schmidt, Unteraltenburg;
- Silhelm Ritterlich, Gotthardtsstraße;
- Robert Bregandorn, Schulstraße 1;
- Hüttel, Unteraltenburg;
- Ed. Sieber, Galleisstraße;
- Wolff Böhmke, kleine Ritterstraße;
- Frankleben: Rich. Gunde;
- Hennau: E. Wenzburg; Hugo Erfurt;
- Kayna: Otto May;
- Siedten: V. Schmidt;
- Mühlten: W. Ködel, Wäldermeister;
- Gatterstedt: G. Duerfurt; G. Roth;
- Sleuden: Bernh. Hempel;
- Gauda: Paul Finzer;
- Radewitz: Albert Zaeger;
- Bennsdorf: Neuh. Friedrich, Ww. Nagel;
- Gröbers: Gerhard Schwarze;
- Langschütz: August Berna;
- Schafstädt: Stammer;
- Miederischstädt: G. Schallabüt; Emma Dobritzsch;
- Bornstedt: G. Duerfurt; Otto Weinroth.

Zur Anfertigung einfacher Damen- und Kindergarderobe
jeweils zur Ausführung sämtlicher Näharbeiten
empfehlenswert
Frau M. Carl, Clobigauerstr. 25.

Dom-Männerverein.
Montag den 15. Januar,
abends 8 Uhr,
im „Ruhkammer“
„Die Pflege des Ehrgeizes in Haus und Schule“
nach dem Roman von Hermann Heije: Unterem Kad. (Ref. Sup. Bithorn).
Gäste sind willkommen.

Generalversammlung der Begräbnis-Kasse der Zimmerer
Sonntag den 20. Januar abends 8 1/2 Uhr
in „Sachse Restaurant“.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht pro 1905.
2. Berichtsbuch.
3. Berichtsbuch.
Zahlreichen Besuch erbitet
Der Vorstand.



Schuhwaren

empfehle in grösster Auswahl, nur in dauerhaften Qualitäten. Da stets Gelegenheitskäufe am Lager sind, wird jedem Gelegenheit geboten, dauerhafte Schuhwaren billig u. gut bei mir einzukaufen.

- Herren-Zug-, Schnallen- und -Schnürstiefel, genagelt, starke Ware, 4,50, 5,25, 6,00, 6,80 Mk.
- Herren-Zug-, Schnallen- und -Schnürstiefel in Spiegelross, Chevreaux u. Box calf, auf Rand gearbeitet, das Beste und Feinste in Qual., 7,50, 8,00, 8,75, 9,55 Mk.
- Herren-Halbschuh mit Zug und zum Schnüren, 4,75, 5,50, 6,50 Mk.
- Herren-Hauschuh 1,00, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,75 Mk.
- Damen-Haus- und -Schnürstiefel in Rind und Rossleder, Chevreaux und Box calf, 5,50, 6,50, 7,50, 8,00, 8,75 Mk.
- Damen-Lederschuh 2,25, 2,50, 2,80, 3,00, 3,75, 4,30, 4,50 Mk.
- Damen-Halbschuh 2,50, 3,00, 3,50, 4,50 Mk.
- Damen-Haus- und -Filzschuh 0,80, 1,25, 1,50, 1,80, 2,00, 2,25, 2,50 Mk.
- Gummi-Heberstiefe, beste Qualität, 2,75, 3,50, 4,50 Mk.
- Kinder-Knopf- und -Schnürstiefe für jedes Alter.
- Filz-Schuhe u. -Stiefel für Herren, Damen und Kinder, enorm billig.
- Pantoffeln in Leder, Plüsch und Filz, für jede Grösse in riesiger Auswahl
- Cord-Pantoffeln, haltbare Ware, für Herren und Damen, Paar 29 Pf.
- Furshen- und Herren-Schaffstiefel, genagelt, beste Qualität, 5,50, 6,50, 7,50 Mk.
- Langstiefel aus bestem Leder und prima Arbeit, daher äusserst haltbar, 13,50, 14,50 Mk.
- Filzeinlege-Sohlen Paar 10, 15 Pf.
- Filzeinlegepantoffeln Paar 40 u. 50 Pf.

5 Prozent Rabatt,

welcher sofort an der Kasse in Abzug gebracht wird.
Anderweitig noch billiger angebotene Schuh- und Schuhwaren führe ich nicht, da diese wertlos sind.

Kaufhaus

S. Maerker,

Merseburg — Gotthardtsstr. 31.

Das Leben verlangt

dass man rechnet. Ohne Rechnen geht es mit dem Glück der Familie abwärts. Deshalb ist es Pflicht jeder Hausfrau, die Geld und Zeit sparenden Fortschritte der Neuzeit zu hegen. Rezeptbücher für Milchseifen, häusliche Wädelerei, Einmachen der Früchte verwendet umsonst
Dr. Oetker's Badpulver, Fabric, Bielefeld.



Von Freitag den 12. d. M. ab stehen wieder in einer sehr großen Auswahl beste hochtragende u. frischmelkende
Kühe u. Kalben
(verschiedene Rassen) bei uns preiswert zum Verkauf.

Gustav Daniel & Co.,

Weissenfels a. S., Telephon 150.

Fahne, 6 Mr. lang, mit Stange, vert. Louis Albrecht, Dicitenr. 4.
Kirchl. Männerverein der Altenburg.
Montag den 15. d. M., abends 8 Uhr, in der „Herberge zur Heimat“
Zum Kampfe gegen den Schnaps in Wort u. Bild“. 2. Besprechung im Aufsatze an Otto von Leizners Wohnort und Aufsatz. Ref.: Pastor Delius.
Auch Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.

Verein der Gastwirte von Merseburg u. Umgegend.
Freitag den 12. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr,
Monats-Versammlung in Winklers Hotel. Der Vorstand.
Knapendorf.
Sonntag den 14. d. M.
Abendunterhaltung u. Tanzkränzchen wozu freundlichst einladet
Hohmann, Gastwirt.

Männer-Turn-Verein. E. V.
Sonntag den 14. Jan.
Turnfahrt nach Weissenfels.
Abmarsch punkt 1 Uhr vom „Zähringer Hotel“.
Der Turnfahrts-Ausschuss.

Achtung!
Gasthof z. Weintraube.
Sonntag den 14. Januar, von nachmittags 3 Uhr ab
großes Hasen-Auslegeln, wozu ergebenst einladet
Herm. Hufziger.
Die Hasenbahn ist gut geehrt.

Casino.

Morgen,
Sonabend, den 13. Januar
Einmaliger humorist. Abend
der **Neumann-Blienden-Sänger.**
Direktion: **Neumann-Blienden.**
Legtes Auftreten vor seinem Rücktritt ins Privatleben.
Billets vorher a 50 Pf. bei Herrn Kaufmann **H. Schwarz,** Bielefeld, Herrn **Altenberg,** Bismarckstraße, H. Ritterlich, und im **Casino.** An der Kasse 60 Pf.

Hamsterschänke.

Oberbreitestr. 15.
Freitag
Schlachtfest.
F. Finger.

Barings Restaurant.

Sonabend
Schlachtfest.

Hubold's Restauration.

Heute
Schlachtfest.

Lohgerberlehrling

zu Oheim gesucht.
Steindrufer-Lehrling
zu Oheim gesucht von
C. Göring.

Dehrlings-Gezuch.

Für das Komptoir meiner Lederfabrik suche ich zum 1. April unter günstigen Bedingungen einen Lehrling.
Gottlob Hühns.

Einen Lehrling

stellt zu Oheim ein
Oscar Hühnel, Badermeister.

Einen kräftigen Burschen

zum baldigen Eintritt sucht
Carl Schmidt, Biederandlung, Unteraltenburg 59.

Papierforliererinnen

werden gesucht.
Königsmühle.

Eine jüngere Frau

wird für Sonabends nachmittag zum Reine-machen gesucht. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.
Suche zum baldigen Eintritt

ältere unabhängige Frau od. Mädchen

als Stütze für Küche und Wirtschaft auf ein Mittergut bei Weissenfels. Offerten unter **A R** an die Exped. d. Bl. erb.

Ein 15 jähriges Mädchen

wird zum 1. April gesucht.
Barre Creypau.

Ein jüngeres Mädchen

für häusliche Arbeit aufs Land gesucht bei guter Behandlung.
Zu erfragen **Kotenbrückerrain 4.**

Aufwartung

sofort gesucht
Lindenstraße 2.
Unabhängige zuverlässige Frau oder älteres Mädchen, welches Kochen kann, als
Aufwartung
für den ganzen Tag der sofort gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Eine Aufwartung

sofort gesucht.
Sand 15, im Laden.
Eine Aufwartung
gehört
Preußertstraße 8 a. II.
Mit heutigem Tage habe ich meine Stelle als **Bauführer** in Firma **A. Pöfers Nachf.** aufgegeben.
A. Böttcher, Zimmermeister.

Paul Thiele, Bankgeschäft, Merseburg, große Ritterstraße 15

empfehlenswert zur Ausführung aller in das Bankfach schlagenden Geschäfte.
Hierzu eine Beilage.

Zur Lage in Russland.

Zwischen dem Zaren und dem Grafen Witte findet, wie der „R. Kou.“ wissen will, in den letzten Tagen der Verleber vorwiegend auf telephonischem Wege beziehungsweise durch drahtlose Nachrichten ununterbrochen unterwoge sind. Dieser ungewöhnliche Verkehr zwischen Zarsoje Selo und dem Winterpalais soll auf nicht verflummende wollende Klientelgerüchte sowohl bezüglich des Zaren als des Grafen Witte zurückzuführen sein.

Ministerpräsident Graf Witte äußerte beim Empfang einer Abordnung des „Verbands vom 30. Oktober“, die um Aufhebung des Versammlungsverbotes nachsuchte, unter anderem, es sei schwierig, die Zeit des Zusammentritts der Reichsduma zu bestimmen. Viel hänge dabei von der Tätigkeit der Semstwo und der Städte ab. Als Termin sei ihm der 28. April in Vorschlag gebracht worden. Der Kaiser ferner teilte Graf Witte mit, daß ein neues Gesetz, welches das Verhältnis der Reichsduma zum Reichsrat regle, nachherlich bald fertiggestellt sein werde. Der Reichsrat merke 176 Mitglieder zählen, von denen die Hälfte vom Semstwo, dem Adel, der Kaufmannschaft und den Industriellen gewählt werden solle.

Wie es im Kaukasus aussieht, das läßt ein Telegramm erkennen, das der Statthalter im Kaukasus Graf Woronzow-Dachnow am 7. d. M. an den Kaiser richtete. Es lautet: Infolge der Unterbrechung jeder Verbindung zwischen Rußland und dem Kaukasus, und falls von den Revolutionären verbreitete Gerüchte wurde die revolutionäre Bewegung stärker. Nachdem sich die Revolutionäre der Eisenbahn bemächtigt hatten, leisteten sie den Dienst nach ihrem Gefallen und veranfaßten allgemeine Unruhen, in die sie die Regierungsbeamten hineinzuziehen versuchten. Ich ersuchte Tiflis samt dem Bezirke und der Eisenbahn in Kriegszustand. Es wurden mehrere Bomben niedergelegt und viele Vagabunden verhaftet. Militärische Verbände. Die Agrarbewegung in den Bezirken Gori und Dushet hat wieder begonnen; auch diese Bezirke sind in Kriegszustand erklärt worden. Verhältnismäßige Ruhe herrscht in Daghestan, Baku, Genuan und Kasch. Die Kämpfe zwischen Armeniern und Tataren im Gouvernement Gissabulpol dauern fort. Die Unruhen der Post- und Telegraphenbeamten sind beendet. Die Bureau der Unabhängigen sind geschlossen worden. Im nördlichen Kaukasus sind die Bahnhöfe von Kofrow bis Bestan militärisch besetzt; die meisten Anführer der Unabhängigen wurden verhaftet. Von Kofrow gehen Jüge ab, die in Tiflis eintreffen.

Und ein Postfachsekretär der perischen Postfach in Petersburg berichtet: „Aus unseren Inkarnationen geht hervor, daß in Transkaukasien eine allgemeine Anarchie herrscht. Alle Verkehrswege, Post und Telegraphen Transkaukasien befinden sich in den Händen der Unabhängigen. Die vor zwei Wochen aus Petersburg abgeschickte Korrespondenz ist nicht an ihren Bestimmungsort gelangt, und es besteht kein Zweifel darüber, daß sie in Kaufhäusern stecken geblieben ist. Die jetzt wieder um abgegangenen wenigen Postpakete dürften, wenn überhaupt, mit großer Verspätung an ihr Ziel gelangen. Der Verkehr mit Persien über Rußland ist jetzt durch die revolutionären Vorgänge im Kaukasus fast gänzlich unterbrochen. Es bleibt nur der Weg über Indien, der aber zu weit ist, um ihn vorläufig zu benutzen. Wird sich aber die gegenwärtige Lage auch weiterhin nicht bessern, dann werden wir notens volens zu dem Verkehr mit Persien über Indien gezwungen sein. Wie traurig die Zustände in Transkaukasien aber auch im Kaukasus sein müssen, geht u. a. daraus hervor, daß die perische Postfach in Petersburg schon seit längerer Zeit keine offiziellen Berichte von den perischen Konsula in Tiflis und Baku erhalten hat. Eine Übung unter den Bauern macht sich in der Umgegend des Grenzortes Polangen bemerkbar, sie hindern die Güterbesitzer an der Holz- ausfuhr nach Preußen. Die Bevölkerung sympathisiert mit der litauischen Bewegung.

Aus Deutsch-Afrika.

Ein Telegramm aus Ostafrika meldet: Unteroffizier Heinrich Friedrich, geboren am 20. 12. 78 zu Ahlendorf, früher im Jäger-Bataillon Nr. 4, ist am 25. Dezember 1905 beim Uebergang des Unweguflusses ertrunken.

Gouverneur v. Puttkamer hat, wie die „Fdm. Ztg.“ aus Berlin melden läßt, am 6. Januar die Gouvernementsgeschäfte Kameruns an Oberst

Müller übergeben. Herr v. Puttkamer beabsichtigt am 9. Januar abzureisen. Seine Antunft in Deutschland ist zum 1. Februar zu erwarten.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 10. Jan.) Im Reichstag wurde heute die Beratung der Stenervorlagen fortgesetzt. Auch die Konjunkturwahlen, wie Abg. Reichert erklärte, nichts davon wissen, daß alle Vorlagen als unteilbares Ganze betrachtet werden. Sie haben insbesondere lebhaftes Bedenken gegen die Tabaksteuererhöhung und sind auch mit der Erbschaftsteuererhöhung nicht zufrieden. Der Reichstag empfahl die Einführung von Anstufungen für Kosten und Kalk. Abgeordneter Dr. Bremer trat namens der freisinnigen Volkspartei entschieden für die Beibehaltung des Systems der Matrularbeiträge ein und bekämpfte scharf die Verzehrssteuer, sowie die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Redner empfahl zur Sanierung der Reichsfinanzen die Reform der Maßraumsteuer und die Abschaffung der Abgabe für die Brenner. Abg. v. Kardorff von der Reichspartei zeigte sich von allen Rednern, die bisher gesprochen, als der Feuerbegeistertste, auf ihn kann der Schwerpunkt unbedingt fallen. Abg. Dr. Baumbach von der freisinnigen Vereinigung empfahl gleichfalls unter Betonung der Brauntinteinhaltsabgabe. Hierdurch und durch eine eventuelle auf Deszendenden und Ehegatten auszuübende Erbschaftsteuer würde der Bedarf des Reichs vorerfüllt sein. Der Anwalt Raab sprach sich gegen die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer und gegen die Verzehrssteuer aus. Nachdem noch der Sozialdemokrat Dr. Sidorkin die Steuererhöhung bekämpft hatte, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Die Frage, ob der pfälzische volksparteiliche Abg. Sartorius, nachdem er auf das Reichsmittel der Revision gegen das ihr wegen Vergehens gegen das Weingeseß verurteilte Erkenntnis der Strafammer Bericht geleistet hat, nunmehr sein Reichstagsmandat niederlegen werde, ist noch immer in der Schwebe. Die Nachricht, daß er die Entfcheidung über die Reichstagsfraktion der freif. Volkspartei anheimgestellt habe, ist nicht zutreffend. Bei der Fraktion ist keinerlei Zuschrift des Abg. Sartorius in dieser Angelegenheit eingegangen. Von gegnerischer Seite ist der Fraktion der freif. Volkspartei nahegelegt worden, daß sie, wenn Sartorius nicht von selbst die Konsequenzen aus seiner Verurteilung ziehen sollte, den Abgeordneten zur Niederlegung des Mandats auffordern solle. Es fragt sich nur, ob ein solcher Fraktionsbeschluss auch den erhofften Erfolg haben würde.

Die Verhandlungen über die Duell-Interpellation des Zentrums im Reichstage sind auf Wunsch des Kriegsministers, der durch einen Todesfall in seiner Familie für diese Woche verschoben worden. Montag nächster Woche verschoben worden.

Provinz und Umgegend.

Halle, 10. Jan. In der Förster Grunerischen Nordstraße hat sich der Haupttäter, der Bergmann Hildebrand aus Hornburg, bei dem Erkenntnis des Schwurgerichts herabgesetzt und die Strafe von 15 Jahren Zuchthaus angetreten; er wird nach der Strafankunft Jüge überführt werden. Der Bergmann Decker aus Hornburg, der die gleiche Strafe erhielt, beabsichtigt, durch seinen Verteidiger die Revision anzumelden, da er vorzögt, unschuldig zu sein. Der Hilfsbreidensteiner Wäldchen aus Hornburg hat sich noch nicht ausgelassen, wie er sich zur Sache verhält. Hildebrand kam nur wegen seines offenen Geständnisses so billig davon, erkannt konnte auf lebenslängliche Zuchthausstrafe werden. Die beschlagnahmten Gewehre werden eingezogen.

Halle, 10. Jan. In den letzten Tagen sind eine größere Zahl in den letzten Jahren lebende wiedere Bürger unserer Stadt verstorben. Es mögen genannt sein die Herren Geh. Regierungsrat Professor Freiherr von Krich, der bekannte Geologe und Besitzer des Mineralogischen Gobbuda bei Dürrenberg. Er starb nach längerem Kranksein in Folge eines Schlaganfalls, 67 Jahre alt. — Geheimer Bauat Friedrich Brüncke, der Vorsteher des hiesigen Kal. Wasserbauinspektion und ehemaliger langjähriger Stadtverordneter, infolge längerer Krankheit. — Bankier Meyer Apelt, der Rentier des bekannten Bankhauses D. H. Welt u. Sohn.

Halle, 10. Jan. Die sozialdemokratisch organisierten Glaser und Maschinenarbeiter der Weberischen Bauglasererei hier haben aus einem Grunde die Arbeit niedergelegt, der den sozialdemokratischen Anschauungen Hohn spricht. Der Meister wollte die Alfordarbeit einstellen und dafür die Leiharbeiter einführen. Statt dieses mit Freunden zu begrüßen, brochen die Arbeiter mit sofortiger Einstellung der Arbeit wenn der Meister nicht andern Sinnes würde. Da derselbe indessen dabei bebarite, so erfolgte der Ausstand. Ob die Kollegen die Anständigen unterstützen werden, muß abgewartet werden.

Dommissch, 10. Jan. Ein Hausseggen schwindel wird in hiesiger Umgebung getrieben. Ein Hausleiter schragt den Reuten gegen Verabstahlung von ein paar Mark einen Hausseggen auf, nimmt diesen aber mit unter dem Vorgeben, er wolle ihn verlagern, der Hausseggen könne in seiner Wohnung (die er fingiert) abgeholt werden. Da diese Wohnung gar nicht existiert, sind schon viele Vertrauensselige hereingefallen.

Stendal, 11. Jan. Zu dem Raubmord in Kläden wird gemeldet: Gegen 14 polnische Arbeiter ist wegen der Ermordung der Familie Soltwedel Anklage erhoben worden. Von der Familie sind die Ehefrau und mehrere Kinder an den Verlegungen gestorben. Der Gemann und die übrigen Kinder sind zum Teil lebensgefährlich verletzt worden. Als Täter kommen zwei Brüder J. in Betracht, die übrigen 12 sind der Mißthat, Begünstigung dringend verdächtig.

Schöten, 11. Jan. Auf dem Wege von Kaufhaus nach Goltshaus wurde die Handelsfrau Korman aus Haardorf von zwei Stricheln überfallen und ihrer Barthschaft von 60 Mark beraubt. Die Täter sind leber unteramnt entnommen.

Liebenwerda, 10. Jan. Auf der Glashütte „Sobannahütte“ bei Schönborn explodierte in einem Aufbrennagruppen eine Sauerstoffgasflasche; unter furchtbarer Detonation wurde der Schuppen in die Luft gesprengt. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

Blanfenburg i. Th., 10. Jan. Gestern morgen fand man auf dem Bahndamm bei Wadgord die Leiche eines alten hiesigen Arbeiters namens Krämer. Der Mann hatte sich vor der Abendung geerwehrt, der ihm das Haupt vom Kämpfe getrennt hat. Der Grund zum Selbstmorde ist Nahrungs-sorgen.

Coburg, 11. Jan. Ein Diebstahl wurde in der Waffensammlung der Besse Coburg verübt. Gestohlen wurde in den letzten Tagen eine wertvolle altertümliche Steinlospistole, die an beiden Seiten die Inschrift „Gefirn-Konden“ trägt. Sie war im Ofestenzimmer an der Wand befestigt und ist gewaltfam losgerissen worden. Es liegt die Vermutung nahe, daß auch noch andere Diebstähle verübt wurden.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 12. Januar 1906.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus liegt zur Zeit der Etat der Eisenbahnverwaltung für 1906 vor, der in seinen Ausgaben u. a. folgende Posten enthält: Zur Erweiterung des Bahnhofes Merseburg (fernerer Rate) 500 000 M., zur Herstellung einer Gausseunterführung auf Bahnhof Merseburg (erste Rate) 500 000 M. Begründet wird die letztgenannte Forderung wie folgt: Am Nordende des Bahnhofes Merseburg befindet sich ein verkehrsreicher Übergang über drei Hauptgleise, der durch die Bebauung der umliegenden Grundstücke unübersichtlich geworden ist. Seine Beseitigung ist bei der stetigen Zunahme des Zug- und Rangierverkehrs an diesem Bahnhofende im Interesse der Betriebssicherheit geboten. Es ist daher beabsichtigt, an Stelle des Mannüberganges eine schienenfreie Regenunterführung zu erbauen. Die Kosten — ausschließlich 130 000 M., die für den Anlauf des erforderlichen Geländes aus dem Grunderverbesserungsfonds entnommen worden sind — belaufen sich auf 250 000 M. Für das Etatsjahr 1906 ist davon eine erste Rate von 50 000 M. angesetzt. — In den Etat des Kultusministeriums sind die erforderlichen Mehrbedürfnisse für das hier zu begründende neue Lehrerseminar eingestellt.

Die Hafenjagd erreicht im Bereich des Regierungsbezirkes Merseburg mit dem 15. Januar ihr Ende, das heißt, vom 16. Jan. an dürfen Hagen nicht mehr geschossen werden.

Vom 2. bis 6. Januar fand an der Gewerbe-Akademie zu Arnstadt i. Thür. wieder ein theoretischer und praktischer Kursus für Bligablenarbeiter und -Seher statt, an welchen sich auch die Herren Feuerlösch-Direktor Krameyer und Sozialist. Techniker Landmann hier beteiligten. Der nächste Kursus beginnt am 17. April und dauert bis 21. April d. J. Programme versendet die Direktion kostenfrei.

Die Ferien in diesem Jahre. Das Königliche Provinzial-Schulcollegium hat die diesjährigen Ferien für die höheren Schulen der Provinz Sachsen festgelegt. Die Osterferien dauern zwei Wochen, von Mittwoch, 4. April, bis Donnerstag, 19. April, die Pfingstferien fünf Tage, von Freitag, 1. Juni, bis Donnerstag, 7. Juni; die Sommerferien vier Wochen, von Sonnabend, 7. Juli, bis Dienstag, 7. August; die Herbstferien zwei Wochen, von Sonn-

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Postämtern 1 Mk. 50 Pf., sonst 2 Mk.; durch die Buchhändler und die Post bezogen 1,50 Mk., sonst 2 Mk.; durch die Buchhändler und die Post bezogen 1,50 Mk., sonst 2 Mk.; durch die Buchhändler und die Post bezogen 1,50 Mk., sonst 2 Mk.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
seltiges illustriertes Sonntagsblatt mit
vielerlei Modebeilage.
seltige landwirtschaftliche u. Handels-
beilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum 9 Pf., für die zweite 8 Pf., für die dritte 7 Pf., für die vierte 6 Pf., für die fünfte 5 Pf., für die sechste 4 Pf., für die siebente 3 Pf., für die achte 2 Pf., für die neunte 1 Pf., für die zehnte 1 Pf. 1/2. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden nur unter Geschäftsstelle sowie Familien-Anzeigen entgegengenommen.
— Abdruck anderer Originalberichte nur mit Genehmigung gestattet —
für unentgeltliche Mitteilungen wird keine Rücksicht genommen.

Nr. 9. Freitag den 12. Januar 1906. 32. Jahrg.

Vom Marokko-Weißbuch.

Das deutsche Marokko-Weißbuch ist am Dienstagabend ausgegeben worden, sodas es wohl erst am Mittwoch früh in die Hände der Abgeordneten gelangt ist. Das „Weißliche Bureau“ hatte bereits am Montag vormittag einen Auszug veröffentlicht. Die offizielle „Südb. Reichs-Korrespondenz“ besiegelt die Publikation des Weißbuchs mit folgenden, scharflich aus der Willkürfrage in Berlin kammenden und des berechtigten Bülow'schen Sarkasmus nicht entbehrenden Erklärungen:

Die eingehenden Angaben des deutschen Weißbuchs über Frankreichs Sondereinrichtungen in Fez liegen dem Verfasser in dem Stand, sich ein Urteil darüber zu bilden, wie tief der von Herrn St. René-Taillandier angeführte Betrag in die Selbständigkeit Marokkos und in die Rechte und Interessen dritter Mächte eingegriffen haben würde. Es wäre ein Protektoriatsvertrag gewesen, dem nichts als der Name fehlte. hätte der Gesandte Frankreich die Unterstützung des Sultan für die Forderungen erlangt, deren Einzelheiten jetzt vorliegen, die französische Regierung würde ihren Vertreter gewiß nicht, etwa aus Rücksicht auf die Signaturmächte der Madrid-Konvention, wegen Ueberschreitung seiner Funktion desavouiert haben. Die französische Presse über hätte Eingeständnisse geschrien, wenn Herr de St. René mit dem fait accompli eines solchen Vertrags aus Fez zurückgekehrt wäre. Jetzt ist die Tonart bescheidener, wenn auch keineswegs freundlich gegen Deutschland. Bald will man mit erheiternder Naivität den Deutschen Kaiser gegen die deutsche Marokkopolitik ausstellen, bald sieht man sich hinter unsere Pariser Postkassette. Im „Gaulois“ schreibt Einer, er wisse genau, Herr Robelin habe in seiner letzten Unterredung mit Kaiser Wilhelm den Auftrag erhalten, den schlechten Eindruck des „aggressiven“ Tons der deutschen Presse wieder gut zu machen. Natürlich reine Erfindung! Die deutsche Presse ist gar nicht aggressiv, sie weist nur Angriffe ab. Ehrlich wird auch berichtet, der Kaiser sei marokkumüde. Wenn das nur keine Enttäuschung gibt. Die nervöse Stimmung gewisser Pariser Blätter ist schwer verständlich, da doch, wie berichtet wird, Frankreichs Ansprüche in Marokko jetzt mit den berechtigten Wünschen anderer Mächte in Einklang gebracht sind oder werden sollen. Ueberdies ist die vertragsmäßige diplomatische Unterstützung Großbritanniens auf der Konferenz in Algieras den Franzosen ja völlig sicher. Wozu also der Appell an die Hilfe der Vereinigten Staaten, der Versuch, Italien gegen seine deutschen Bundesgenossen auszuspielen? Der „Temps“ wird in diesem Punkte besonders dringlich. Nicht nur aus Freundschaft für Frankreich habe Italien die französische Marokkopolitik zu unterstützen, zu erklären, zu rechtfertigen. (sic!) Die wohlüberlegte Zustimmung Italiens zu dieser Politik sei nur die Erwiderung des „desintéressement“, zu dem sich Frankreich in Tripolis angewiesen haben verstanden habe. Welcher Zweck dieses Benehmens auf ein Gebiet, das den Franzosen nicht gehört, welche Freigebigkeit mit fremdem Gut! Wenn die Probe vom „desintéressement“ überhaupt einen Sinn haben soll, kann es nur der sein, daß Frankreich eigentlich auch Tripolis für sich haben wollte, aber, um Italiens Freundschaft zu gewinnen, das tripolitanische Stück aus seinem künftigen afrikanischen Reich mit freiwilliger Großmuth ausgehoben hat und sich dies als ein von Italien hoch zu belohnend Verdienst anrechnet. Dabei aber liegt man, und läßt vielleicht gelegentlich wieder, in der französischen und englischen Presse Heilig gegen die Vändergier Deutschlands kochen und überhüllet die öffentliche Meinung beider Vernehmlichkeiten mit lägegerstem Zeug über unsere angeblichen Absichten auf die russischen Ostprovinzen, die deutschen Lanbestelle Scherzreden, auf die Niederlande, Luxemburg, Teile von Belgien und Dänemark, auf Kleinasien, China, Australien oder andere Staaten des fernen Amerika hin. — Wer eine Larve trägt, muß acht geben, daß sie sich nicht verfliehet, oder vor der Zeit abfällt. Der „Temps“ ist diesmal recht ungeschicklich gewesen.

Aus dem Weißbuch selbst ist noch eine Anzahl wichtiger Punkte nachzutragen. Zunächst bringt es Zeitungsabschnitte, die darlegen sollen, wie es kam, daß Deutschlands anfängliches Zutrauen zu der Redlichkeit der französischen Marokkopolitik sich mehr und mehr in tiefste Mißtrauen wandelte und die Wahrheitslichkeit nahelegte, Frankreich wolle, als Mandatar Europas sich aufspielend, eine neue Tunisierung ins Werk setzen.

Am 28. April telegraphiert der Reichskanzler an den Deutschen Vorkassier in Paris:

Sprechen Sie in meinem Namen dem Ministerpräsidenten für seine entgegenkommenden Aufmerksamkeiten meinen Dank aus. Aus denselben glaube ich entnehmen zu können, daß er sich von der Lage Rechenschaft gibt, in welche Deutschland verwickelt würde, wenn über deutsche Interessen von dritter Seite

berührt worden wäre, ohne uns zu befragen. Bei ruhigen Einnehmen eines derartigen Ignorierens der Existenz einer Großmacht würde sich die Unannehmlichkeiten, um nicht zu sagen Gefahren, für die Zukunft bereiten. Neben Erwägungen anderer Art kommt der materielle Wert drohender Interessen erst in zweiter Linie in Betracht. Ich glaube aus den Erklärungen des Ministerpräsidenten General Paulsen gegenüber entnehmen zu können, daß der Gedanke an eine einseitige und gewaltame Lösung der Interessentfrage ihm ebenso fern liegt wie der Regierung. Seiner Majestät des Kaisers. Das Ihre Interessen in dieser Frage mit denen einer Anzahl anderer Staaten identisch sind, ist die Kaiserliche Regierung bewußt. Hoffentlich wird sich die gegenwärtige Spannung in beiderseitiger Weise unter Beteiligung aller Interessenten erledigen lassen. Dabei mitzuwirken, sind wir gern bereit.

Ueber ihre Reformpläne für Marokko haben, wie Tattenbach aus Fez berichtet, die Franzosen nie etwas schriftliches von sich gegeben. „Der Gesandte St. René-Taillandier hat seinen gesamten Plan dem Sultan in mehreren Audienzen mündlich vorgelesen. Er hat, von dem Sultan an Ben Siiman, Torres und die Notabeln verwiesen, auch diesen nur mündliche Vorträge gehalten, worüber von den Marokkanern schriftliche Aufzeichnungen gemacht und jedem der Notabeln zugestellt worden sind. Die wiederholten Bitten, seine Anträge schriftlich einzubringen, lehnte der Gesandte ab. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat jene Aufzeichnungen in eine übersichtliche Darstellung verarbeitet lassen. In einem seiner Vorträge hat der französische Gesandte eine Art Redigierung für den Abschluß der französischen Marokko-Verträge zu geben verübt.“

Frankreich habe dem Imperator des Präsidenten anfänglich gleichmütig angesehen. Als im Laufe der Zeit die Ambitionen seiner Kolonialpolitik die Haltung nicht mehr möglich ließ, habe es bestrebt, die Mächte, von denen eine Intervention veranlaßt werden würde, woraus sich eine Gefahr für die französischen Interessen in Algerien hätte ergeben können. Frankreich habe darum mit den Mächten, von denen ein solches Einschreiten zu befürchten stand, Absprachen getroffen, die hinaussehen auf Erhaltung der Souveränität des Sultans, Herstellung seiner Macht und Autorität und Berechtigung der zu Reformen erforderlichen Beihilfe durch Frankreich, unter Beobachtung der religiösen Gebräuche und des Personensinn in Lande selbst. Diese Beweggründe werden ganz besonders hervorgehoben, und als einziger politischer Zweck und wiederholt hingewiesen, die Mächte, von denen ein Einschreiten zu befürchten stand, von einem solchen zurückzuhalten. Als Opfer, die Frankreich gebracht habe und seine Berechtigung zum Einschreiten darzulegen, werde betont der Verdacht auf seine Rechte in Ägypten hin. Die nötigen Reformen seien in erster Linie Militärorganisation, dann Finanzorganisation unter Unterstützung einer Vermehrung der Einkünfte. Der allgemein und lebenswichtig gehaltene captatio benevolentiae schließt sich eine deutliche Drohung an. An der algerischen Grenze sei die Geduld der französischen Behörden, an der ganzen Nord- und Westküste die Geduld der Fremden überhaupt erschöpft. Jetzt die Regierung nicht mit der Zeit an eine Befreiung der Zustände heran, und müsse er, der französische Gesandte, ohne Erfolg abziehen, so werde sich Frankreich gedrängt sehen, diese Reformen auf eigene Hand zu bewerkstelligen und diese Dinge tun müssen, die ihm heute nicht lieb seien.

Das Anleihegeschäft der deutschen Banken über dem Sultan vorzustellende 10 Millionen und den Molanbau in Tanger betrifft ein weiterer Erlaß des Reichskanzlers an den Vorkassier in Paris, in welchem die Mitwirkung des Grafen Tattenbach bei diesem Anleiheanschluß oder bei der Vergebung irgend einer anderen Konzeption entschieden bestritten wird.

In einem Bericht Tattenbachs an den Reichskanzler vom 13. August widerlegt der Gesandte eingehend und aufmerksam den ihm von französischer Seite gemachten Vorwurf, daß er die Zeit vor dem Zusammentritt der Konferenz benutzt habe, um dem Sultan im deutschen Interesse Konzeptionen abzurufen und konfittiert dabei auch noch: Die Gesuche, die von deutschen Interessenten an mich gerichtet worden sind, um Erlangung von Konzeptionen zur Ausbeutung von Bergwerken, zur Ausbeutung von Korallenwäldern, zur Einrichtung von Stationen für drahtlose Telegraphie und andere habe ich sämtlich wieder mit dem Sultan noch mit seinen Ratgebern besprochen.

Am 25. September berichtet der Gesandte aus Fez: Bei einem Besuch, den ich heute meinem französischen Kollegen machte, gab ich in warmen Worten der

Erwartung Ausdruck, daß die Verhandlungen in Paris ein befriedigendes Ergebnis liefern möchten. Herr Saint René erwiderte, daß dies davon abhängen werde, ob man in Berlin der Stellung Rechnung tragen werde, die Frankreich in Marokko beanspruchen müsse. In Nordafrika habe Frankreich eine Mission zu erfüllen, die, wie Ägypten und Tunis, auch Marokko umfasse.“

Und am 4. Oktober berichtet der Gesandte Rosen aus Paris: Herr Rouvier hat nach Vergleichung der Akte die Berechtigung von deutschen Ansprüchen auf den Molanbau anerkannt. Dem Beginn des Baues steht nichts mehr im Wege. Das Weißbuch und die ausländische Presse. Clemenceau sagt in der „Aurore“ in seiner Besprechung des Weißbuchs: Man kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß das Vorgehen, welches Delcasse in der Marokko-Angelegenheit Deutschland gegenüber beobachtete, nur eine unausführliche Kette vom Fehlgang war.

Die Kommissionsberatung



Die Unterrichtsverwaltung und die Vertreter der konservativen und freikonservativen Parteien waren entgegengelegter Meinung und beriefen sich dabei auf die bisher fast ausnahmslos geübte Praxis des Landtages. Nicht auf den Wortlaut, sondern auf den Sinn der Verfassung konnte es an. Die nationalliberalen Mitglieder der Kommission nahmen eine vermittelnde Stellung ein und beantragten, um über die geäußerten Bedenken hinwegzukommen, den § 26 der Verfassung: „Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen“ dahin abzuändern: „Das gesamte Unterrichtswesen ist im Wege der Gesetzgebung zu regeln“ und beantragten ferner, aus § 112 das Wort „gesetzlichen“ zu streichen. Zur näheren Prüfung und Redaktion dieses Antrages sei event. eine Sub-Kommission einzusetzen. Die Beschlußfassung über diesen Antrag wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Nunmehr ging die Kommission zu § 1 des Gesetzesentwurfs über und debattierte zunächst über das Kommunalprinzip, das von allen Seiten gebilligt wurde. Von dem Vertreter der freireligiösen Vereinigung wurde im Anschluß an einen Beschluß des driten preussischen Lehrtrages gewünscht, daß für die Zahlung der Grundgebühren der Lehrer Bezirksklassen gebildet würden, weil bei den in Aussicht genommenen Schulverbänden die Leistungsfähigkeit häufig nicht geügenswert werden würde. Von anderer Seite wurde empfohlen, diese Frage erst bei einer späteren Gelegenheit zu